

Ist Rot-Grün überhaupt regierungsfähig?

Anmerkungen zum Zustand und zu den Perspektiven von SPD und Bündnisgrünen

Nach einer beispiellosen Serie von vernichtenden Wahlniederlagen in den letzten Monaten sind die Parteien der Regierungskoalition schwer angeschlagen. Bei Teilen der SPD werden hinter vorgehaltener Hand sogar schon Szenarien für einen möglichen Kanzler- und Koalitionswechsel für den Fall durchgespielt, daß diese Serie weitergehen sollte. Auch bei den Bündnisgrünen geht es drunter und drüber. Verschiedene politische Kommentatoren zweifeln angesichts des diletantischen Eindrucks, den die Regierung im ersten Jahr ihrer Amtszeit hinterlassen hat, bereits die Regierungsfähigkeit von SPD und Bündnisgrünen an und prognostizieren, daß Rot-Grün nicht mehr als eine kurze Episode in der Geschichte der Bundesrepublik gewesen sein wird. Man muß diese pessimistische Prognose nicht teilen, aber Fakt ist, daß noch keine Bundesregierung innerhalb so kurzer Zeit, den Kredit, den sie bei ihrer Wahl bekommen hat, derart verspielt hat.

Dabei hatte alles so schön angefangen. Wir erinnern uns: Die SPD hatte mit dem Doppelpass Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine einen grandiosen Wahlsieg eingefahren und Helmut Kohl endlich in die verdiente Rente geschickt. Sogar die schwächelnden Bündnisgrünen kamen mit einem blauen Auge davon, und Joschka Fischer konnte doch noch seinen Lebensraum verwirklichen. Die CDU, die das schlechteste Ergebnis der Nachkriegszeit erzielt hatte, lag wortwörtlich am Boden und war nach 16 Jahren Kohl mit internen Aufräumarbeiten beschäftigt. Nicht viel besser erging es der FDP: nach Jahren des Mitregierens verlor sie ihre letzten Bastionen in der Regierung und mußte zum ersten Mal wieder die Oppositionsbänke drücken. Besser konnte also die Ausgangsposition für einen politischen Neuanfang von Rot-Grün kaum sein. Zu der komfortablen Mehrheit im Bundestag gesellte sich zudem noch eine ausreichende Mehrheit im Bundesrat, um die Gesetzesvorhaben der neuen Regierung abzusichern. Schließlich lobten alle den fairen und geräuschlosen Regierungswechsel und dachten: Jetzt geht es los - der Reformstau der Ära Kohl wird endlich aufgelöst.

Ein Jahr nach ihrem Sieg stehen die beiden Regierungsparteien nun vor einem Scherbenhaufen. Der erste Finanzminister hat „in den Sack gehauen“ und breitet heute genüßlich seine Schmach über die Regierung aus. Zentrale Reformvorhaben wie der Atomausstieg, die Einführung der Ökosteuer und die Änderung des Staatsbürgerrechts sind entweder im Koalitionsdschungel hängengeblieben oder so verwässert worden, daß die ursprünglichen Reformab-

sichten kaum noch wiederzuerkennen sind. Auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, erklärtermaßen das Hauptanliegen der neuen Regierung, hat sie bisher keine entscheidenden Erfolge vorzuweisen. Die Landtagswahlen in diesem Jahr wurden zu einem Plebiszit über die bisherige Politik der rot-grünen Koalition und haben die politische Landkarte der Republik radikal verändert. Im Westen sind SPD-Bastionen wie Hessen und das Saarland wie Domino-
steine an die CDU gefallen; im Osten, wo die SPD bei der Bundestagswahl noch die höchsten Stimmengewinne verbuchen konnte, ist sie regelrecht abgestürzt und wird von der PDS beerbt, die ihr in einigen Ostländern bereits den Rang als zweitstärkste Partei streitig macht. Das demütigende Wahlergebnis in Sachsen von gerade noch 10 % hat die sowieso schon schwächelnde Ost-SPD ins Mark getroffen. Vom Saarland bis nach Sachsen durchzieht jetzt eine Südschiene von CDU-regierten Ländern die Republik, die über den Bundesrat die Regierung zwingen werden, ihre weiteren Reformvorhaben mit der Opposition abzustimmen. Die Jungwähler, so die Wahlanalysen, laufen scharenweise zur CDU, die Wähler von SPD und Grünen bleiben zu Hause. Die Grünen sind im Osten endgültig gescheitert und im Westen zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder aus einem Landtag geflogen.

Auch wenn jetzt beide Parteien um Schadensbegrenzung bemüht sind, ist zu erwarten, daß diese niederschmetternde Bilanz wie ein Treibhaus auf die Konflikte sowohl in als auch zwischen den Koalitionsparteien wirken wird. Bei der SPD, aber auch bei den Grünen weiß man genau, daß inzwischen niemand mehr die stereotypen Erklärungen für die Wahlniederlagen - mangelnde Abstimmung in der Koalition, Vermittlungsprobleme nach außen, handwerkliche Fehler - ernst nimmt. Hinter den Kulissen wird deshalb, jenseits der Durchhalteparolen, die von den Parteiführungen ausgegeben werden, fieberhaft nach einem Ausweg aus dem derzeitigen Stimmungstief gesucht. Obwohl nach außen Eintracht demonstriert wird, ist sich jeder Koalitionspartner zunächst einmal selbst der nächste. Die SPD muß nach dem Desaster der letzten Wahlen erst Mal wieder Tritt fassen und eine Strategie finden, um einerseits ihre Traditionswähler wieder an die Urne zu bringen und andererseits die Neue Mitte nicht aus den Augen zu verlieren. Sie klammert sich verbissen an das Sparpaket von Bundesfinanzminister Eichel in der Hoffnung, daraus wieder Schwung schöpfen zu können. Bei den Grünen ist als Reflex auf die Niederlagen nicht nur der Streit um die Parteistrukturen wieder in voller Schärfe aufgeflammt, sondern einige räsonnieren in einer Art Torschlußpanik bereits über den Ausstieg aus der Koalition, um das politische Überleben zu retten. Wahrlich keine guten Ausgangsbedingungen, um Rot-Grün doch noch gemeinsam zu einem Erfolgsprojekt zu machen.

Tatsächlich ist die Lage ernst, aber nicht hoffnungslos. Angesichts der Hektik, mit der jetzt nach einem Ausweg gesucht wird, drohen einige elementare Erkenntnisse verloren zu gehen, die man aus einer gründlichen Analyse der Wahlergebnisse und der veränderten politischen Situation in der Bundesrepublik gewinnen könnte. Zunächst einmal sollte man sich in Erinnerung rufen, welche Faktoren seit der Bundestagswahl zum Absturz der Regierungsparteien und zum unerwarteten Erfolg der CDU beigetragen haben.

1. Rot-Grün war aufgrund des grandiosen Wahlsieges der SPD eher ein Zufallsprodukt der Wahl, entsprach aber - wenn man den damaligen Umfragen glaubt - nicht der Wunschkoalition der Wähler und Wählerinnen. Insofern standen beide Koalitionspartner von Anfang an unter verschärfter Beobachtung derjenigen, die diese Konstellation außerordentlich skeptisch beurteilten. Die immer wieder virulent gewordenen Turbulenzen zwischen den beiden Koalitionsparteien haben diese Skepsis nicht nur bestätigt, sondern den Eindruck verstärkt, daß Rot-Grün als zukunftsweisendes Reformprojekt inzwischen den Geschmack einer ausgepreßten Zitrone hat.
2. Dann kam Hessen. Mit ihrer polarisierenden Kampagne gegen den Doppelpaß, die in ihrer Mobilisierungsfähigkeit an die besten Zeiten der neuen sozialen Bewegungen erinnerte, konnte sich die CDU aus ihrer Agonie wieder herausarbeiten und neues Selbstvertrauen gewinnen. Das war für die innere und äußere Stabilisierung der CDU von äußerster Wichtigkeit, weil sie mit dieser Kampagne und ihrem überraschenden Wahlsieg auch gegenüber den Wählern wieder Handlungsfähigkeit demonstrieren konnte. Vielmehr mußte die CDU eigentlich nicht tun, weil den Rest die rot-grüne Regierung für die Opposition selbst erledigt hat.
3. Alle Beobachter sind sich darin einig, daß das Hin und Her bei den 630-Mark Jobs, bei der Renten- und Gesundheitsreform, bei der Diskussion über den Atomausstieg, daß das Gezerre um das Sparpaket sowie das Kompetenzgerangel innerhalb und zwischen den Koalitionsparteien das Bild einer „rot-grünen Chaos-Kombo“ abgegeben hat. Bei einigen zentralen Gesetzesvorhaben kam kaum noch jemand mit dem Tempo mit, in dem die Vorlagen zurückgezogen oder nachgebessert werden mußten. Im Übereifer vergaß man nicht nur, die Gesetzesentwürfe in einem ausführlichen Diskussionsprozeß mit Experten und Beteiligten auf unerwünschte Nebeneffekte zu untersuchen, sondern auch, die beabsichtigten Reformen zunächst einmal in die Gesellschaft hinein zu kommunizieren. Nur so konnte in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, daß die neue Regierung wie eine

postmoderne Laienschauspieler­schar, die das Prinzip der Beliebigkeit zum Gestaltungsmittel des Regierens erhoben hat, „fast nichts anders, aber alles schlechter macht“.

4. Die Kosovo-Krise traf die Regierung an einem empfindlichen Punkt. Ausgerechnet eine rot-grüne Bundesregierung mußte zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte der Republik über den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes entscheiden - ein einmaliger Vorgang für eine gerade ins Amt gewählte Regierung. Für die Grünen mit ihrer pazifistischen Tradition war vorauszusehen, daß diese Entscheidung zu einer Zerreißprobe führen würde, die bis heute unter einem Teil der grünen Wähler nachwirkt und hohe Demobilisierungseffekte nach sich gezogen hat.
5. Der überraschende Rücktritt des Finanzministers und SPD-Vorsitzenden hat schlagartig die Situation in der SPD verändert. Im Bundestagswahlkampf war es gelungen, die mühsam unterdrückte Männerrivalität zwischen Schröder und Lafontaine produktiv aufzulösen und eine rationale Entscheidung über die Kanzlerkandidatur zu treffen. In einer Art Doppelstrategie trug Lafontaine dazu bei, die SPD bei Laune zu halten und das soziale Gewissen der Partei und ihrer Kernwähler zu streicheln, während Schröder - der ganz nach dem Vorbild amerikanischer Wahlkämpfe die trianguläre Position (Distanz zur CDU und zu eigenen Partei) einnehmen konnte - in der Mitte auf Stimmenfang ging. Offensichtlich hatte Lafontaine erwartet, daß er - aufgrund seiner damals noch unumstrittenen Position in der Partei - am längeren Hebel sitzen würde, um nach der gewonnenen Wahl der Regierungspolitik den Stempel seiner nachfrageorientierten Finanz- und Wirtschaftspolitik aufzudrücken. Als er erkannte, daß Schröder mit seinen Getreuen, die dieser im Kanzleramt um sich versammelt hatte, genau in die andere Richtung marschieren will, zog er die Notbremse und setzte sich in Richtung Bauernhof ab. Die Verwirrung, die er damit in der SPD und ihrem Umfeld auslöste, hat die Partei bis heute noch nicht verarbeitet.

Die Tatsache, daß ein Teil der gegenwärtigen Probleme selbstverschuldet und keinesfalls zwangsläufig gewesen ist, zeigt, daß Korrekturen durch eine anderes Regierungs- und Koalitionsmanagement durchaus möglich sind. Aber auch aus einer anderen Perspektive relativiert sich die scheinbar hoffnungslose Situation der rot-grünen Regierung. Der Stimmungswechsel in der Republik ist nicht etwa auf das Profil und die überzeugenden Konzepte der Opposition zurückzuführen. Das verdeutlicht eine genauere Analyse der Wahlergebnisse der verschiedenen Wahlen in diesem Jahr, denn der Blick nur die prozentualen Zahlen kaschiert die eigentlichen Verschiebungen, die stattgefunden haben. Im Saarland z.B. hat die CDU im Vergleich zur Landtagswahl 1994 12.000 Stimmen verloren und ist dennoch der Wahlsieger. In Thürin-

gen katapultierten 1.200 dazugewonnene Stimmen die CDU von 42,3 % auf 51 %. Wahlscheidend war in fast allen Fällen die Tatsache, daß SPD und Grüne bei geringerer Wahlbeteiligung massiv an die Gruppe der Nichtwähler verloren haben, während sich die Abwanderungen zu den anderen Parteien (von regionalen Ausnahmen abgesehen) zum großen Teil in Grenzen hielten. Im Gegensatz zur CDU gelang es den Regierungsparteien nicht, ihre eigenen Wähler optimal für eine Stimmabgabe zu mobilisieren. Bei der Europawahl büßten SPD und Grüne zusammen mehr als 4,7 Millionen Stimmen ein; dabei ging über die Hälfte ihrer ehemaligen Wähler nicht zur Wahl. Die Wählerschaft der Grünen hat sich dabei ziemlich genau von 3,5 Millionen auf 1,74 Millionen halbiert - das liegt unter dem Stimmenanteil, den die Grünen bei der Europawahl 1984 erzielt haben. Bei der Wahl in Thüringen verlor die SPD 200.000, in Brandenburg 75.000 Wähler. Noch dramatischer sieht die Entwicklung bei den Jungwählern aus. Bereits seit einigen Jahren zeichnet sich bei den 18- bis 35jährigen ein kontinuierlicher Trend weg von Rot-Grün ab¹, während die CDU in diesem Wählersegment deutlich zulegen konnte. Die Grünen hatten bei der Hessenwahl, bei der Bürgerschaftswahl in Bremen sowie bei den Landtagswahlen im Saarland und in den Ostländern in der Altersgruppe der 18-25jährigen, aber auch der 25-35jährigen zum Teil Einbrüche in einer Größenordnung von 15 % zu verzeichnen. Insbesondere jüngere Frauen aus dieser Altersgruppe haben den Grünen in vielen Fällen den Rücken gekehrt.

Auch wenn diese Zahlen alarmierend sind und man in Rechnung stellt, daß gegenwärtig weder SPD noch Grüne ein stimmiges Konzept haben, um für ihre Parteien den hier sichtbaren Trend umzukehren, ergibt sich insgesamt also durchaus ein differenziertes Bild. Denn auch die CDU, so läßt sich schlußfolgern, ist zur Zeit noch weit davon entfernt, sich eine neue strukturelle Mehrheit in der Republik zu erobern.

Unter politisch-strategischen Gesichtspunkten scheint weniger die Frage des temporären parteipolitischen Wahlverhaltens interessant zu sein, sondern wichtig sind die langfristig wirkenden Trends, die sich aus den Wahlergebnissen dieses Jahres herauslesen lassen. Die seit langem in der empirischen Wahlforschung beobachtete Tendenz der sozialen, kulturellen und politischen Fragmentierung der Wählerschaft, die im Zuge des sozialen und technologischen Wandels auf tiefgreifende sozialstrukturelle Veränderungen in der Gesellschaft zurückgeht, wirkt sich immer stärker auf das Wahlverhalten aus und hat eine neue Qualität angenommen.

¹ Vgl. hierzu u.a. die Bemerkungen von Joachim Hofmann-Göttig, SPD-Kultus-Staatssekretär in Mainz, im Wochenmagazin „FOCUS“, Heft 36/1996, S. 35.

Die Anzahl der Traditionswähler, die aufgrund klassenmäßiger oder konfessioneller Bindungen über viele Jahrzehnte konstant eine Partei wählen, ist soweit geschrumpft, daß sie immer weniger wahlentscheidend wird. Bei Enttäuschungen über das aktuelle Politikangebot der von ihnen präferierten Partei, neigen gerade diese Wähler zunehmend zur Wahlenthaltung. Hinzu kommt, daß Konformitätsdruck, aufgrund der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Milieu, insbesondere bei jüngeren Wähler kaum noch eine Rolle spielt. Stark gewachsen ist dagegen das Spektrum der politischen unberechenbaren, flexiblen und mobilen Wähler, die kontext- und situationsbezogen wählen. Je nach aktueller Stimmungslage und Politikperformance der einzelnen Parteien vergeben diese Wähler ihre Stimme. Dabei sind einige überraschende Effekte festzustellen: die Querrotation dieser Wähler nicht nur zu „benachbarten“ Parteien, sondern auch zu politischen Kontrahenten, ist durchaus nicht mehr ungewöhnlich. So wechselten im Saarland mehr Grünenwähler zur CDU als zur SPD. Offensichtlich war es im Wahlkampf ein kluger Schachzug des CDU-Spitzenkandidaten Peter Müller, einen Vertreter der Umweltverbände in seine potentielle Regierungsmannschaft aufzunehmen. In Hessen waren es immerhin 8.000 Grünenwähler, die direkt zur CDU gingen. Auch Austauschprozesse zwischen den beiden Volksparteien finden zum Teil in erheblichen Größenordnungen statt. Bei der Bundestagswahl 1998 gewann die SPD von der CDU mehr als 1,6 Millionen Stimmen. Gleichzeitig deutet sich eine weitere regionale Ausdifferenzierung des Wählerverhaltens an, mit dem Effekt, daß Wahlerfolge auch gegen den allgemeinen Stimmungstrend erzielt werden können. Kurz vor der Bundestagswahl im letzten Jahr konnte die CSU in Bayern, angeführt von ihrem damals politisch noch nicht angeschlagenen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, gegen den Bundestrend ein phantastisches Wahlergebnis erzielen, während die bayrische SPD ein enttäuschendes Wahlergebnis einfuhr. Vierzehn Tage später wurden die Unionsparteien dennoch von der SPD bei der Bundestagswahl vernichtend geschlagen. Im Juni 1999 gelang Henning Scherf das Kunststück, mit einer Politik, die die Vertretung der Interessen des kleinsten Bundeslandes zur Herzensangelegenheit machte, die SPD mit einem Stimmengewinn von fast 10 % (von 33,4 auf 42,6 %) aus dem „Tal der Tränen“ zu führen, und das trotz des Gegenwindes, der der SPD bundesweit ins Gesicht blies. Die Mobilisierung lokaler und regionaler Identitäten scheint beim Wahlverhalten, angesichts einer zunehmend unübersichtlicher werdenden politischen Landschaft und der komplexen Entscheidungsstrukturen auf nationalstaatlicher und supranationaler Ebene, eine noch größere Rolle als bereits in der Vergangenheit zu spielen. Eine weitere bemerkenswerte Tendenz ist die Annäherung des Wählerverhaltens in Ost und West, auch wenn dieses auf ganz unterschiedliche Gründe zurückzuführen ist. Im Westen hat die Milieubindung an bestimmte Parteien kontinuierlich abgenommen,

während sie im Osten von Anfang an, mit Ausnahme der PDS, nur schwach ausgeprägt war. „Der“ Ostwähler ist daher eher noch mobiler und stimmungsabhängiger als der Westwähler, gleichzeitig in bezug auf seine Wahlentscheidungskriterien stärker auf Personen als auf Inhalte fixiert.

Die Diskussion um die sogenannte Neue Mitte, die seit einiger Zeit sowohl bei den Parteien als auch in der Politikwissenschaft geführt wird, ist u.a. auch ein Reflex auf die hier angedeuteten Veränderungen innerhalb der Wählerschaft. Es spricht einiges dafür, daß diese Veränderungen die Parteien in Zukunft zwingen werden, stärker als bisher von Wahl zu Wahl neue milieuübergreifende Wählerbündnisse anzusteuern. Dabei kommt es aus Sicht der Parteien vor allem darauf an, Wahlkampfstrategien zu entwickeln, die einerseits die eigene Kernwählerschaft maximal mobilisieren und gleichzeitig die politisch interessierten, aber gleichzeitig enorm flexiblen und auf eine schlechte Politikperformance äußerst sensibel reagierenden Wähler an sich zu binden. Das Problem besteht darin, daß die Neue Mitte gegenwärtig noch keine klaren Konturen hat, sondern eher wie ein Pudding ist, den man bekanntlich nicht an die Wand nageln kann. Es handelt sich gewissermaßen um eine frei vagabundierende, heterogene und amorphe Wählermasse, die nur schwer zu qualifizieren ist. Man könnte sich die Neue Mitte vielleicht als ideale Schnittmenge aus postmodernen Jungwählern und traditionsbewußten aufgeklärten Altwählern, aus Wählern aus modernen Dienstleistungszentren und klassischen Industriebetrieben, aus bürgerlich-liberalen und ökologisch-angegründeten Milieus vorstellen. Die Wähler der Neuen Mitte erwarten politischen Gestaltungswillen statt administratives Abarbeiten von Problemen, ein pragmatisches Politikangebot statt ideologische Bekehrung, auf Zukunftsfähigkeit angelegte soziale Strukturreformen statt sozialstaatliche Beglückung durch Alimentierung, ein ausgewogenes Verhältnis von staatlicher Fürsorge und individueller Eigenverantwortung. Die entscheidenden Fragen, um die herum die Neue Mitte politisch geschmiedet wird, sind die anstehenden strukturellen Reformen der Steuer- und Rentensysteme, der Umbau des Sozialstaats und die kluge Verknüpfung von ökonomischer Innovation und ökologischer Modernisierung.

Dabei sind die Wähler der Neuen Mitte, darauf deuten zumindest die Umfragen hin, im Hinblick auf ihre Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit keinesfalls so „herzlos“, wie eine neoliberale Interpretation nahelegen könnte. Bloße Privatisierungsstrategien, die auf verbesserte Sozialtechniken, Kostendämpfung, Rationalisierung und die Ausschöpfung von Sparpotentialen zielen, sind mit dem Gerechtigkeitsempfinden dieser Wähler kaum zu vereinbaren. Eine

Strategie, die auf die politische Mobilisierung der Neuen Mitte zielt, muß sich vielmehr in Abgrenzung zu der neoliberalen Agenda auf ein „grundwerteorientiertes, aber pragmatisches Verständnis der sozialen Demokratie“ (Thomas Meyer) einlassen und gleichzeitig die Vorteile einer staatlich nicht kontrollierten Marktwirtschaft mit den Solidaritätspotentialen einer freien und aktiven Bürgergesellschaft verbinden. In der pluralistischen Wohlfahrtsgesellschaft wird es in Zukunft um ein sinnvolles „gemischtes“ Arrangement von Staat, freien Träger, Familien und Bürgern gehen. Dabei ist der „aktivierende“ Staat, so einer der neuen Begriffe aus der Terminologie des Dritten Weges, dafür verantwortlich, „daß die Räume für mehr Selbsthilfe, Risikobereitschaft und Mitverantwortung für eine solidarische Gesellschaft geschaffen werden und durch die Bürger, Unternehmen, Verbände in mitgestaltendes Handeln umgesetzt werden können. ... Ein aktivierender Staat ist aber kein Staat, der sich ersatzlos zurückzieht und seine gesamtstaatliche Verantwortung ‘wegdelegiert’“.²

Welche Konsequenzen lassen sich aus diesen Überlegungen für die Perspektiven von SPD und Bündnisgrünen ziehen? Beide Parteien werden nur dann eine Trendwende erzielen, wenn sie zunächst einmal ihr Koalitionsmanagement, ihr aktuelles Politikangebot und ihre Politikperformance entscheidend verbessern. Konflikte der bisherigen Art und handwerklichen Dilettantismus werden gerade die sensiblen Wähler der Neuen Mitte konsequent durch Wahlentzug bestrafen. Entscheidend wird aber sein, wie sich SPD und Bündnisgrüne, auf je eigene Art und Weise, zukünftig politisch positionieren werden und wie sie ihre programmatischen Defizite aufarbeiten.

Die Ausgangssituation ist dabei für die SPD eine andere wie für die Grünen. Die Erfahrungen der *New Democrats* in den USA und der *New Labour Partei* von Tony Blair aufgreifend, hatte Bodo Hombach dem Kanzlerkandidaten der SPD im Bundestagswahlkampf 1998 ein Konzept erarbeitet, mit dem Gerhard Schröder erfolgreich die Neue Mitte umwerben konnte. Die für sozialdemokratische Traditionen ungewohnte Agenda dieses Konzepts – mehr Markt, mehr Eigenverantwortung, weniger Staat – brachte Schröder zwar keine große Sympathie in der eigenen Partei ein, war aber eine entscheidende Voraussetzung des Wahlerfolgs der SPD. Hinzu kam, daß die Neuinterpretation klassischer sozialdemokratischer Gerechtigkeitsvorstellungen in der Theorie des Dritten Weges damals durch die gegensteuernde Rhetorik von Oskar Lafontaine relativiert wurde. Tatsächlich aber war das Konzept der Neuen Mitte in großen

² Fritz Behrens: „Der aktivierende Staat“, in: Ulrich von Alemann u.a. (Hg.), Bürgergesellschaft und Gemeinwohl. Analyse. Diskussion. Praxis, Opladen 1999, S.54.

Teilen der Partei überhaupt nicht verankert. Das unterscheidet die Lage in der SPD bis heute ganz wesentlich von *New Labour* in England. Nachdem Neil Kinnock und John Smith bereits den Schutt von Old Labour abgeräumt hatten, brauchte Tony Blair den Prozeß der Modernisierung der englischen Sozialdemokraten nur noch vollenden. Schröder dagegen steht nun, nachdem Lafontaine abgetreten ist, als Parteivorsitzender vor der undankbaren Aufgabe, der Partei den neuen Kurs Stück für Stück näherzubringen – keine leichte Aufgabe für einen Kanzler, der seine Partei eher präsidial führt und dem das sozialdemokratische Herzblut seines Vorgängers fehlt. Dennoch ist die Situation nach Lafontaine's Abgang im Grunde für Schröder leichter geworden. Es gibt innerhalb der SPD-Linken weder personell noch programmatisch zur Zeit eine ernsthafte Alternative zu Schröder und seinen Bemühungen, die SPD auf die Idee des Dritten Weges einzuschwören. Das Schröder–Blair-Papier hat bei allen Schwächen die verschiedenen Kräfte innerhalb der Partei gezwungen, sich auf diese Diskussion zu beziehen. Allenfalls die Frage, wie eine deutsche Variante des Dritten Weges aussehen könnte, dürfte in den weiteren programmatischen Diskussionen innerhalb der SPD eine wichtige Rolle spielen. Darauf deutet u.a. der Diskussionsvorschlag der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD hin, in dem zu Recht daraufhin hingewiesen wird, „daß es je nach den unterschiedlichen politischen Kulturen der einzelnen Länder, je nach sozialstaatlichen und wirtschaftspolitischen Traditionen ... nicht ein einziges Modell [des dritten Weges] gibt und geben kann.“ (Das Papier kann unter www.spd.de aus dem Internet abgerufen werden.) Anthony Giddens, einer der Vordenker des Dritten Weges, betont gerade diese Dimension, wenn er sagt: „Der ‚Dritte Weg‘ ist kein einheitliches Phänomen. Es ist der Name für eine Debatte, und diese Debatte muß in sozialdemokratischen Parteien auf der ganzen Welt geführt werden.“³ Dies ist trotz ihrer gegenwärtig schlechten Verfassung der große strategische Vorteil der SPD: Sie hat – im Unterschied zur CDU - die programmatische Diskussion um den Dritten Weg und die Neue Mitte bereits aufgenommen. Die Einschätzung der CDU-Generalsekretärin Angela Merkel, daß die CDU diese Debatte längst hinter sich habe und daß es sich bei den Begriffen „Dritter Weg“ und „Neue Mitte“ nur um „Worthülsen“ handele⁴, könnte sich eines Tages für die Union als verhängnisvoller Fehler herausstellen. In einem Punkt könnten Schröder und die Verfechter des Dritten Weges allerdings von Angela Merkel lernen. Fast schon in sozialdemokratischer Überbietung betont sie, daß „die Vereinbarung von Markt und Menschlichkeit“ das Ziel der Union sei.⁵ Tatsächlich – und das zeigen

³ Anthony Giddens: „Neue Mitte“, „Dritter Weg“ – eine moderne Linke, in: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte, Heft 5, 1999, S. 438.

⁴ Angela Merkel im Interview mit „DIE WOCHE“ vom 1. Oktober 1999, S.8.

⁵ Jürgen Falter in einem Interview mit dem Wochenmagazin „FOCUS“, Heft 36/1996, S.56.

auch die Wahlniederlagen dieses Jahres – würde es insbesondere dem Kanzler gut zu Gesicht stehen, wenn er die Leerstelle, die Lafontaine in bezug auf die öffentliche Repräsentanz der klassischen sozialdemokratischen Werte hinterlassen hat, durch eine glaubwürdige „soziale Gerechtigkeitskomponente“ in der Rhetorik des Dritten Weges ersetzen würde. Die Autoren des Diskussionsvorschlages der Grundwertekommission weisen in diesem Zusammenhang zu Recht daraufhin, daß auch die traditionell orientierten Gruppen der Arbeiter und Angestellten aus der Mittel- und Unterschicht, die ein ausgeprägtes Interesse an einer Politik der sozialen Gerechtigkeit haben, für eine sozialdemokratisches Zukunftsprojekt ansprechbar bleiben müssen und unverzichtbar sind. Dies gilt noch stärker für die Ostwähler, bei denen der Wert der sozialen Gerechtigkeit bekanntlich deutlich höher rangiert als im Westen. Vor allem sie haben sich von der neuen Regierung abgewandt, nachdem Schröder sein Versprechen, die weitere Entwicklung im Osten zur „Chefsache“ zu machen, sträflich vernachlässigt hat. Die Auseinandersetzungen um das Sparpaket der Regierung und die Frage, welchen Beitrag die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft dabei leisten, dürfte vor diesem Hintergrund zu einem Prüfstein für das öffentliche Gerechtigkeitsempfinden werden.

Für die Bündnisgrünen ist die gegenwärtige Situation noch schwieriger als für die SPD. Seit zwei Jahren hat die Partei eine Niederlage nach der anderen erlitten, ohne daß bisher ein probates Gegenmittel gefunden wurde, um diesen Trend aufzuhalten. Zur Zeit lassen sich vier Strategievarianten ausmachen, mit denen bestimmte Gruppierungen innerhalb der Bündnisgrünen die existenzbedrohende Krise überwinden wollen.

1. Die erste Strategievariante ist die *Ausstiegsvariante*. Sie geht davon aus, daß die Grünen – eingebunden in die Logik des Regierungshandelns – in der Koalition immer mehr Profil verlieren. Die Partei dürfte sich deshalb in der Regierungsarbeit nicht länger verschleißen, sondern müßte sich wieder auf ihre alten oppositionellen Wurzeln besinnen, um enttäuschte Wähler und Wählerinnen aus dem Kernmilieu zurückzugewinnen. Faktisch käme diese Variante wahrscheinlich dem politischen Selbstmord gleich, weil man in der empirischen Wahlforschung dieses Milieu inzwischen auf nicht mehr als 3 % schätzt. Das alte Wählermilieu der Grünen, das in den achtziger Jahren noch über eine gemeinsame Vorstellung von linker Opposition gegen die Republik zusammengehalten wurde, ist längst zerfallen. Ein Teil ist in das Lager der Systemverweigerer, Nichtwähler oder PDS-Wähler abgedriftet, während Teile der postmaterialistisch-hedonistischen Wählergruppierungen inzwischen die Farben gewechselt haben und sich eher in das ungebundene Potential der Neuen Mitte einreihen. Insgesamt hat innerhalb des grünen Wählerspektrums eine deutli-

che Verschiebung in Richtung „Mitte“ stattgefunden, so daß die Partei sich ihrer Wähler nicht mehr ohne weiteres sicher sein kann. „Die Bündnisgrünen des Jahres 1996“, so Jürgen Falter, „haben nur noch wenig mit den Grünen der 80er Jahre zu tun. In der vergangenen eineinhalb Jahrzehnten sind ihre Wähler nicht nur buchstäblich ergraut, ... sondern sie gehören mittlerweile auch sozial, familial und wirtschaftlich vielfach zu den Etablierten. ... Die große Mehrheit der Grünenwähler hat sich in ihren allgemeinen Wertorientierungen wie in ihrer konkreten Problemsicht stärker als jemals zuvor der Mitte der Gesellschaft angenähert. Über zwei Drittel stufen sich heute politisch in der Mitte ein, nur ein knappes Drittel bezeichnet sich überhaupt noch als links.“⁶

2. Die zweite Strategievariante ist moderater und könnte als *Profilierungsvariante* bezeichnet werden. Sie geht davon aus, daß die Grünen in der Regierungskoalition mehr Profil beweisen müssen und präferiert deshalb eine Politik der begrenzten Konflikte mit dem Regierungspartner in einigen essentialen Fragen der grünen Identität (z.B. Atomausstieg). Dieser Variante dürften allerdings enge Grenzen gesetzt sein. Die SPD muß sich gegenwärtig selbst um Eigenprofilierung bemühen und wird – gegenüber einem schwachen Koalitionspartner – kaum geneigt sein, in den „harten“ Politikfeldern den Grünen Zugeständnisse zu machen. Noch stärker dürfte sich aber die Tatsache auswirken, daß die SPD nach den neuen Machtkonstellationen mit der CDU im Bundesrat um Kompromisse ringen wird, während die Grünen keine Trümpfe in der Hand haben, um etwas dagegen zu setzen.
3. Die dritte Variante ist die *Programmvariante*. Die Vertreter dieser Position glauben, daß es sich bei der gegenwärtigen Schwäche der grünen Partei vor allem um ein Programmdefizit handelt und daß die Bündnisgrünen ein zeitgemäßes Grundsatzprogramm brauchen, welches die politischen und ökonomischen Veränderungen der letzten 20 Jahre reflektiert und neue Orientierungen für das nächste Jahrhundert bietet. Tatsächlich sind neue programmatische Leitplanken für die Grünen überfällig, aber die grüne Partei tut sich zur Zeit schwer, die notwendige Debatte um ein neues Grundsatzprogramm voranzutreiben. Die Einbindung der Grünen in die Regierung hat die programmatischen Auseinandersetzungen in den letzten Monaten nahezu stillgelegt, statt dessen konzentrieren sich die Kontroversen auf Struktur- und Personalfragen. Hinzu kommt, daß allein von einer programmatischen Erneuerung keine kurzfristigen politischen Impulse zu erwarten sind. Obwohl z.B. Experten den in der grünen Bundestagsfraktion ausgearbeiteten Modellen zur Reform des Steuer- und Rentensystems Trag- und Zukunftsfähigkeit bescheinigen, haben es die

⁶ Ebd.

Grünen bisher nicht geschafft, ihre Vorstellungen so zu popularisieren, daß sie in der öffentlichen Auseinandersetzung eine relevante Rolle spielen.

4. Die vierte Variante ist die von Joschka Fischer und seinem politischen Umfeld favorisierte *Strukturreformvariante*. Daß hier Handlungsbedarf besteht ist mittlerweile Konsens unter den verschiedenen Parteiflügeln. Die bisherigen Strukturen sind zu schwerfällig, die Trennung von Amt und Mandat ist zumindest fragwürdig, und die Polyphonie, die nach außen dringt, ist für die Medien und die Wähler gleichermaßen verwirrend. Allerdings sind auch von einer Strukturreform keine Wunder zu erwarten, da sie die Defizite in den anderen Bereichen grüner Politik alleine nicht kompensieren kann. Auch die Art und Weise, in der die Frage der Strukturreform in der letzten Zeit zur Kernfrage des politischen Überlebens gemacht worden ist, insbesondere die öffentliche Demontage der gewählten Parteirepräsentantinnen, war nicht gerade professionell und hat innerparteilich viel Porzellan zerschlagen. Die schwierige Stimmungslage innerhalb der Grünen zeigt, daß notwendige Veränderungen nicht „von oben“ verordnet und einfach gegen die Traditionen der Partei durchgedrückt werden können, sondern auch in die Partei hinein kommuniziert werden müssen. Die Versuchung, die Partei noch mehr auf Joschka Fischer zuzuschneiden, ist zwar verführerisch und könnte kurzfristig auch wieder Geländegewinne für die Grünen bringen, verschärft aber auf Dauer nur ein Problem, das die Partei jetzt schon hat: die nahezu fatale Abhängigkeit von Fischers Popularität. Eine Partei, die nur auf den Schultern eines Mannes steht, hat aber auf Dauer zu wenig Substanz, um in den zur Zeit vor sich gehenden Umbrüchen des Parteiensystems bestehen zu können.

Keine der vier skizzierten Strategievarianten allein verspricht also einen wirklichen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise der Bündnisgrünen. Allenfalls ein Mix aus den Varianten zwei, drei und vier könnte die Partei vorläufig wieder stabilisieren. Die Schwierigkeit besteht darin, daß die Grünen angesichts des Zerfalls ihres alten Wählermilieus dazu verdammt sind, sich selber ein Stück Kuchen aus der Neuen Mitte herauszuschneiden, weil sonst die Gefahr besteht, daß die Wählerinnen und Wähler der Neuen Mitte wie beim Prinzip der kommunizierenden Röhren zwischen den beiden Volksparteien hin- und herpendeln werden, während die kleinen Parteien zwischen dieser Pendelbewegung zerrieben werden. Die Voraussetzungen dafür sind besser, als es auf den ersten Blick erscheint. „Es gibt keine Partei in Deutschland,“ so Hubert Kleinert, „die derart eindeutig die Verbindung sozialstaatlicher Traditionen und neuer Freiheitlichkeit zum positiven Bezugspunkt ihrer Politik machen könnte und dabei vergleichsweise wenig Rücksicht nehmen müßte auf Besitzstandswahrung und Strukturkonserva-

tismus ihrer eigenen Wählerklientel“⁷ Solange die Frage, wie ein spezifisch deutscher Dritter Weg aussehen könnte, noch interpretationsoffen ist, könnten die Grünen also im politischen Wettbewerb um die Neue Mitte durchaus mitmischen. Dabei macht Fischer der Partei im Grunde vor, wie man mit einem anderen Politikstil und einer neuen politischen Pragmatik über die Grenzen des grünen Milieus hinaus erfolgreich sein kann. Noch ist es auch für die Grünen nicht zu spät, aus der ersten rot-grünen Regierung dieser Republik gestärkt hervorzugehen.

⁷ Hubert Kleinert in *schrägstrich*, Zeitschrift für bündnisgrüne Politik, Heft 9-10/99, S.24.